

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 5

Artikel: Das Jelzin-Interview : aus dem sowjetischen Fernsehen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Jelzin-Interview

Am 19. Februar gab der Parlamentspräsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, ein Fernsehinterview, das die Gegensätze in der Sowjetunion kristallisiert hat. Wir bringen Auszüge aus dem Schlussteil.

Soweit ich weiss, haben Sie Ihren eigenen Standpunkt zur Formulierung der Frage des Unionsreferendums vom 17. März.

Ja, ich und unser Parlament haben einen eigenen Standpunkt nicht nur zum Referendum, sondern auch einen eigenen Standpunkt hinsichtlich seiner Erörterung dieser Frage hier im Studio. Ich gebe heute eine Erklärung in einem Auftritt vor dem 17. März ab, und ich hoffe, dass der Weg hierher nicht so dornenreich sein wird, wie dieses Mal, und dass ich dann die Möglichkeit haben werde, vor dem 17. März, unmittelbar vor dem Referendum zu berichten.

**Objektiv und ehrlich gesagt, waren die sieben Monate der neuen Führung Russlands (also der RSFSR, nicht der UdSSR) nicht unge-
trübt. Es gab sicher Fehler, ja diese gab es in der Tat. Wie ist Ihre Einschätzung der Fehlentscheidungen, die das Parlament und die Regierung, vielleicht auch Sie persönlich trafen? . . .**

Leider hat es Fehler gegeben, obwohl in einer so kurzen Zeit von sieben Monaten. Es wurden Fehler vom Obersten Sowjet, von der Regierung und von mir persönlich begangen. Keineswegs einfache Fehler. Zunächst zeigte ich ein gewisses Vertrauen und glaubte, dass das Fünfhunderttageprogramm wirklich Unterstützung findet, und darunter auch die des Präsidenten. Doch dann wurde dieses Programm zerquetscht und weggeworfen . . . Ich meine, dass man für dieses Programm weiterkämpfen sollte . . .

Meinen Sie, dass Russland dieses Programm verwirklichen könnte?

Nein, schon deshalb nicht, weil es in der Union eine einheitliche Währung und einen Unionsmarkt gibt. Ich meine, es war ein Fehler, dass wir die Grosshandelspreise so willkürlich ohne Abstimmung mit der Republik in der ganzen Volkswirtschaft Russlands eingeführt haben. Es war ein Fehler, dass wir nach der Erhöhung des Grosshandelspreises für das Getreide durch die Union

den Grosshandelspreis für Fleisch auf acht Rubel erhöht haben, um die Viehzucht zu retten . . . Das war natürlich ein Fehler, und die Union hat diesen Preis sogleich auf alle Republiken übertragen, da sich so eine günstige Gelegenheit bot.

Ich würde sehr gerne Einzelheiten im Zusammenhang mit einer sehr kurzen Mitteilung erfahren, die vor kurzem erschien – meiner Meinung nach in der «Prawda» – und die besagte, dass ein Treffen der Führer von vier Republiken stattfand.

Es waren fünf Republiken: Russland, Ukraine, Beljorussland, Kasachstan und

Usbekistan. Wir trafen uns nach der Sitzung des Föderationsrates, da es dort unmöglich war, den Entwurf eines Beschlusses über die Struktur des Ministerkabinetts zu erörtern.

Das ist also noch gar nicht so lange her?

Nein, es war am vergangenen Samstag. Wir beschlossen, die Frage zu erörtern, dass wir, nachdem wir bilaterale Verträge geschlossen hatten, über keinerlei Kontrollmechanismus über die Einhaltung ebendieser Verträge verfügten. Es geht dabei vor allem um Lieferungen, Verträge zwischen Betrieben usw. Und so haben wir also ein solches System geschaffen. Wir erörterten ferner die Vorschläge zur Struktur des Ministerkabinetts der Union und waren uns darin einig, dass diese Vorschläge uns auf keinen Fall zufriedenstellen können, da sie eine noch grössere Stärkung des Zentrums und eine grössere Druckausübung auf die Republiken vorsehen. Und das kann man jetzt nicht zulassen. Es wird wieder nicht berücksichtigt, dass der Prozess der Souveränitätserlangung der Republiken ein historischer Prozess ist, an dem man nicht vorbeikommt. Nur durch eine grössere Selbständigkeit der Republiken kann die Frage schneller gelöst werden.

So kann man also annehmen, dass der nächste Schritt die Fortsetzung der Opposition, einer kritischen Opposition, gegen das Zentrum sein wird?

Ich denke, das ist eher eine Vorbereitung zur Unterzeichnung des Unionsvertrages, denn eine Annäherung der Positionen der fünf Republiken ist bereits ein grosser Schritt vorwärts; es wird dann für das Zentrum leichter sein, alle Aspekte des Entwurfs eines Unionsvertrages zu koordinieren.

Wo gibt es einen Ausweg? Werden wir besser leben? Wie sehen Sie die Union? Und – als letzte Frage – woran glauben Sie, und glauben Sie überhaupt an irgendetwas unter diesen Bedingungen?

Grosse Anstrengungen wurden in der letzten Zeit vom russischen Parlament und der Regierung unternommen. Es wurden 140 Gesetze und Verordnungen verabschiedet. Die Durchführung der Pläne des russischen Parlaments gibt Antwort auf die Frage, ob wir besser leben werden. Ja, wenn Russland entsprechend seinen Gesetzen leben könnte,



*Ikarus (Gorbatschow) und seine Umwelt.
 («Ogonjok», Moskau, Nr. 7/1991)*

wenn Russland die verabschiedeten Gesetze in die Tat umsetzen könnte, wenn die Republiksorgane nicht seitens des Zentrums blockiert würden . . . Unter dem jetzigen Zentrum werden wir nicht besser leben können.

In den ersten zwei Jahren nach 1985 hat Gorbatschow bei vielen von uns gewisse Hoffnungen geweckt. Praktisch von diesem Zeitpunkt an begann seine aktive Politik des – entschuldigen Sie – Betrug an den Menschen. Man muss annehmen, dass er, als er die Versprechungen machte, keine rechte Vorstellung hatte, wie er diese Versprechungen erfüllen könnte. Nachdem er Hoffnungen in den Menschen geweckt hatte, begann er nach anderen Gesetzen zu handeln. Das zeigte sich besonders in der letzten Zeit, als es ganz offensichtlich wurde, dass er zwar das Wort Perestrojka beibehalten, aber das System im Grunde nicht umgestalten, sondern erhalten will.

Hier zeigte sich auch seine gegen das Volk gerichtete Politik. Dazu gehört die Geldmanipulation, die von Pawlow vorbereitete beispiellose Preiserhöhung, ein scharfer Rechtsruck, das Einsetzen der Armee gegen die Zivilbevölkerung, das Blut bei den zwischen-nationalen Beziehungen, der Zusammenbruch der Wirtschaft, der niedrige Lebensstandard der Menschen usw. Das ist das Ergebnis der sechsjährigen Perestrojka. Die Hauptsache ist, dass heute eine Entwicklung in die Gegenrichtung stattfindet. Es wird der Versuch unternommen, die administrativen Kommandomethoden wiederzubeleben und das kommando-administrative Zentrum zu festigen. Dabei zeigt sich überhaupt nicht der Wunsch, die in der Republik vor sich gehenden Prozesse zu sehen. Nachdem ich zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets gewählt wurde, stellten die Wähler mir beharrlich die Forderung, mit der Führung des Zentrums zusammenzuarbeiten. Und ich unternahm einige Versuche, um wirklich zusammenzuarbeiten. Wir haben uns einige Male getroffen, wir haben jeweils fünf Stunden unsere Probleme erörtert, doch leider war das Ergebnis stets das gleiche . . . Nach einer solchen Zusammenarbeit betrachte ich mein übermässiges Vertrauen zum Präsidenten als meinen persönlichen Fehler. Nach allem zu urteilen, wird das Zentrum es den Republiken nicht gestatten, selbständige Schritte zu unternehmen. Bei einer sorgfältigen Analyse der Ereignisse der letzten Monate erkläre ich: Im Jahre 1987 habe ich davor gewarnt, dass in Gorbatschows Charakter ein Streben nach absoluter persönlicher Macht enthalten ist. Er hat alles das bereits erreicht und hat das Land in eine Diktatur geführt, die er schönfärberisch als Präsidentenverwaltung bezeichnet. Ich distanziere mich von der Position und der Politik des Präsidenten, fordere seinen unverzüglichen Rücktritt und die Übergabe der Macht an das kollektive Organ, an die Föderation der Republiken. Ich habe meine Wahl getroffen und ich werde von diesem Weg nicht abweichen . . . ■

Simon Solowejschik

Patrouillen

Ein Moskauer Kommentar («Neue Zeit», Nr. 6/1991) über die gemeinsamen Militär- und Polizeistreifen, die man in der Sowjetunion eingeführt hat.

Militär und Miliz haben gemeinsam auf den Strassen zu patrouillieren. Ehrlich gesagt, ich würde keine sonderlichen Einwände dagegen erheben, dass es mehr Patrouillen auf den Strassen gibt, dass jeder, der nach Hilfe ruft, das rettende Getrappel von Militär- und Milizstiefeln oder besser noch die kreischenden Bremsen eines anbrausenden Milizautos mit seinen Rettern hören würde. Ich fragte einmal jemanden, der 20 Jahre bei der Miliz gedient hatte: «Warum patrouillieren die Milizionäre in den Nahverkehrszügen zu zweit?» Er wunderte sich über die Frage: «Für einen allein ist es ja schrecklich . . .» Und das ist die Wahrheit. Wenn man einem Milizionär einen Soldaten beigeibt und in den Nahverkehrszügen doppelt so häufig patrouilliert wird – was wäre daran schon so schlimm?

Doch halt! Bei uns steht jetzt nicht die Annahme von Massnahmen, steht jetzt nicht aktives Handeln gegen die Kriminalität auf der Tagesordnung, sondern eine Kampagne der Einschüchterung und der Demonstration der Macht. Und im Ergebnis beginnt irgendein Unsinn: Schusswaffen, MPis, Schützenpanzerwagen, ein diensthabendes Bataillon . . . Das ruft allgemeine Missbilligung hervor, die Abgeordneten stimmen dagegen, der Präsident zürnt, man hört nicht auf ihn, niemand weiss, was zu erwarten ist, alle befürchten Provokationen – verkehrte Welt! Beteuerungen werden laut, das alles solle dem Kampf gegen die dreist gewordenen Verbrecher dienen. Endlos wird der Satz «Sonst ist es ja gefährlich, abends auf die Strasse zu gehen» wiederholt . . . Sobald man aber zu beweisen sucht, wie gefährlich das sei, da stellt sich heraus, dass die Zahl der Strassenverbrechen im vergangenen Jahr um nur 4 % zugenommen hat. Was soll man da Panik verbreiten? Und schlimmere Zeiten hat es gegeben. Ein hoher Milizgeneral, der sich für die Patrouillen stark macht, teilt mit, dass 1990 die Zahl der Schwerverbrechen um 11,5 % zugenommen habe, im Januar dieses Jahres aber um 44 %.

Hört doch! Was geschah im Januar 1991? Wie konnte die dreiste Kriminalität in nur einem Monat so zunehmen?! Wollten die

Sterne das? Oder handelt es sich da um eine Psychose? Oder gab es gar eine Geheimamnestie für Rückfalltäter?

Eine merkwürdige Geschichte. Und wie operativ man da verfuhr: Kaum ist der Monat zu Ende, und schon liegen Zahlen vor. Oder die Macht der Vorsehung tat das Ihre: Von der erwarteten starken Zunahme der Kriminalität wusste man offenbar bereits einen Monat zuvor, als der Patrouillierungsbefehl unterzeichnet wurde.

Am wahrscheinlichsten ist es wohl, dass nicht das Dekret auf die Zahlen folgte, sondern die Zahlen für das Dekret frisiert wurden.

Ihn, den Korrespondenten, kann man verstehen. Wir sind es gewohnt, man hat uns daran gewöhnt, keinerlei Zahlen, die von «hohen Tieren» verkündet werden, zu glauben, keinem ihrer Worte Glauben zu schenken.

Die Zeitungen vom 2. Februar hätten jeden Normaldenkenden für die Klapsmühle reif machen können. Was geschieht? Wie sich herausstellt, ab-so-lut nichts! Keinerlei Schützenpanzerwagen, und man gedenke auch nicht, sie durch die Strassen rollen zu lassen; keinerlei MPi-Schützen, und sie würden auch gar nicht gebraucht; einige Republiken sowie der Kommandant der Militärgarnison Lwow, Iwan Anochin, kommen dem Präsidentendekret überhaupt nicht nach; der Leningrader Leiter des Amtes für den Schutz der öffentlichen Ordnung Serge Kusnezow erklärte im Fernsehen der Stadt, seine Leute hätten die Lage auf den Strassen der Stadt voll unter Kontrolle und Massenunruhen gäbe es an der Newa nicht («toi, toi, toi, unberufen», sagte der Milizoffizier).

Doch wenn nichts geschieht, wenn auch nichts geschehen soll, kann dann jemand erklären, was das alles soll, warum man die Menschen unseres auch ohnehin unruhigen Landes so in Unruhe versetzt hat, warum man einen solchen Sturm der Entrüstung entfachte.

Und man kann nicht begreifen, wo denn gelogen wird: Wenn Alarm geschlagen und Truppen auf die Strasse geholt werden oder wenn man versichert, dass überall alles ruhig sei. ■